

Die Wahl zum 18. Niedersächsischen Landtag am 15. Oktober 2017 Wahlnachtbericht und erste Analyse

Das Ergebnis in der Übersicht						
	LTW 2013		LTW 2017 (vorl.)		Veränderung	
	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate
Wähler/innen	59,4%	137	63,1%	137	3,7%	0
CDU	36,0%	54	33,6%	50	-2,4%	-4
SPD	32,6%	49	36,9%	55	4,3%	6
Grüne	13,7%	20	8,7%	12	-5,0%	-8
FDP	9,9%	14	7,5%	11	-2,4%	-3
LINKE	3,1%		4,6%		1,5%	0
AfD			6,2%	9	6,2%	9
Andere	4,7%		2,5%		-2,2%	0

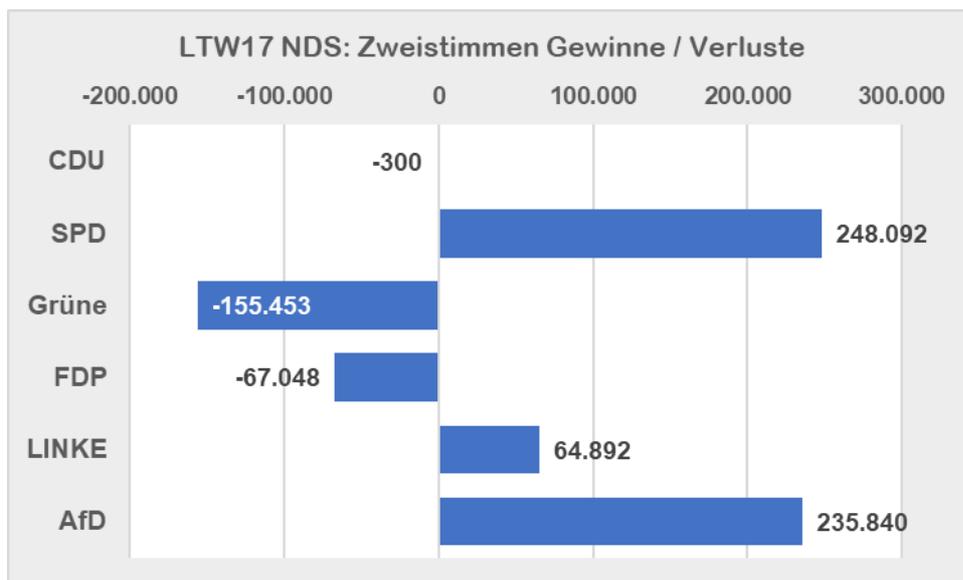
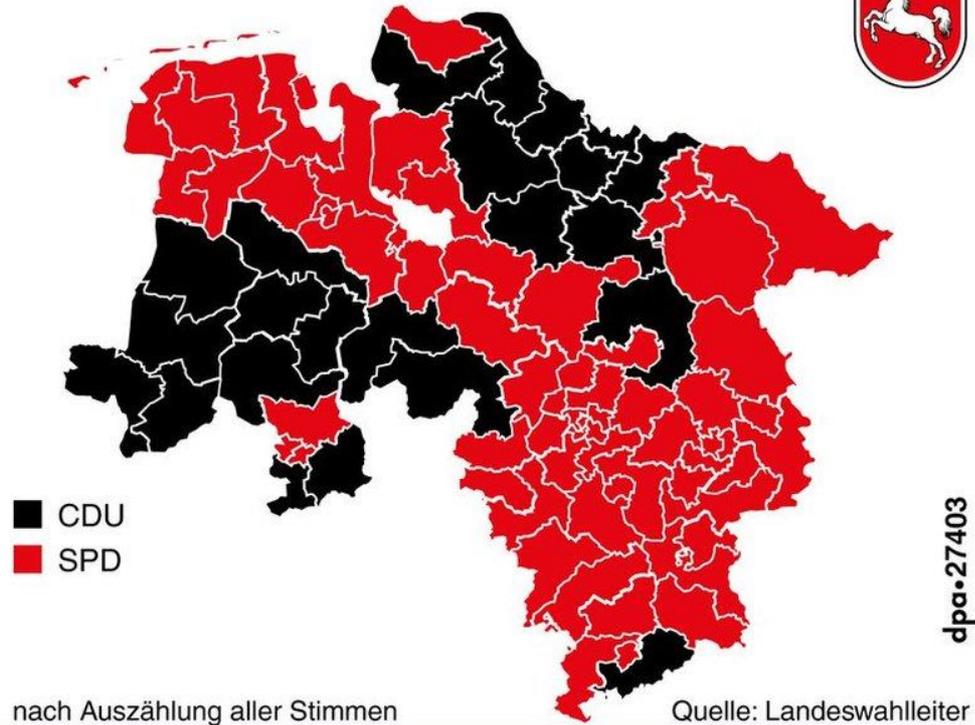
Inhalt

Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erster Kommentar.....	3
Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien	5
Zur politischen Stimmungslage (Vorwahlbefragungen)	7
Aspekte des Wahlergebnisses für DIE LINKE.....	10
Ausgewählte Wahltagsbefragungen.....	11
Zur Lage im Land	11
Ansichten zu und über Parteien.....	13
Wer wählte was? Auskünfte der Nachwahlbefragungen	15
Geschlecht und Alter	15
Bildung	17
Berufsgruppe / Tätigkeit	19
Wählerwanderungen.....	19

Ergebnis der Bundestagswahl vom 24.09.2017 in Niedersachsen							
Wahlbe- teiligung	Anteil an den gültigen Zweitstimmen						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
76,4%	34,9%	27,4%	8,7%	9,3%	7,0%	9,1%	3,6%

Mehrheit der Zweitstimmen

in den Wahlkreisen bei der Landtagswahl in Niedersachsen



Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erster Kommentar

Die **SPD** hat die Landtagswahl in Niedersachsen gewonnen. Sie erreicht knapp 250.000 Stimmen (plus 21%) mehr als 2013. Drei Wochen nach dem schlechtesten Ergebnis bei einer Bundestagswahl gewinnt sie 4,4% hinzu, erzielt ihr bestes Ergebnis seit der Wahl 1998 und wird auch erstmals wieder stärkste Partei. Der Erfolg ist ein Erfolg für den Ministerpräsidenten Stephan Weil und zugleich ein Erfolg für die Landespartei, die in ihren Zielen für die Wähler erkennbarer war als die Bundespartei wenige Wochen zuvor. Das Wahlergebnis zeigt zugleich, dass die Wählerinnen und Wähler zwischen Bundespolitik und Landespolitik sehr wohl zu unterscheiden wissen.

Die **rotgrüne Landesregierung** wurde abgewählt. Ursächlich hierfür sind die hohen Verluste der Grünen. Statt zusammen 46,3% erreichten die beiden Parteien trotz der SPD-Gewinne nur noch 44,6% und 67 der 137 Mandate. Allerdings: SPD und Grüne zusammen erreichen rund 100.000 Zweitstimmen mehr als 2013.

Die **CDU** erzielt ihr schlechtestes Ergebnis seit der Wahl 1959, obwohl sie kaum Zweitstimmen verliert. Die höhere Wahlbeteiligung geht zu ihren Lasten. Ihr Vorsprung von bis zu 12 Prozentpunkten in den Umfragen schmolz in den letzten Wochen dahin. Weder gab es eine ausreichende Wechselstimmung, im Gegenteil wurde der SPD-Ministerpräsident auch unter CDU-Anhängern positiv bewertet. Noch konnte sich die CDU in wahlentscheidenden Fragen als bessere Alternative profilieren. Vielmehr hält eine Verunsicherung unter CDU-Sympathisanten über den Kurs der Partei an, die Forderung nach einer »konservativen Erneuerung« ist drei Wochen nach dem Bundestagswahlergebnis in Niedersachsen mehrheitsfähig.

Die **Grünen** sind die eigentlichen Verlierer des Wahlabends. Sie erzielen zwar immer noch ihr zweitbestes Ergebnis in Niedersachsen, verlieren aber fast ein Drittel ihrer Stimmen. Gründe sind erstens eine Korrektur einer Überbewertung bei den vorherigen Landtagswahlen und zweitens eine Verunsicherung über den zukünftigen Kurs der Partei. Gerade in einem Land wie Niedersachsen, dessen Parteiensystem stark von der klassischen Teilung in zwei politische Lager geprägt ist, werden mögliche Lagerwechsel bestraft.

Die **FDP** erfuhr ebenfalls eine Korrektur einer vorhergehenden Spekulationsblase. 2013 erreichte sie ihr Wahlergebnis von knapp 10% nur dank einer Leihstimmenkampagne der Union, die wiederum zur Folge hatte, dass der CDU-Ministerpräsident McAllister sein Amt verlor. Mit dem aktuellen Wahlergebnis steht die Partei im langfristigen Vergleich immer noch überdurchschnittlich da.

Man könnte an dieser Stelle resümieren, dass mit CDU, Grünen und FDP die Parteien verloren haben, die im Bund eine Jamaika-Koalition sondieren und verhandeln wollen. Allerdings deutet nichts daraufhin, dass die Niedersachsen mehrheitlich eine bundespolitisch motivierte Entscheidung treffen wollten.

Die **AfD** zieht mit knapp über 6% in das 14. Landesparlament ein. Sie schneidet deutlich schlechter ab als bei der Bundestagswahl drei Wochen zuvor. Es bleibt abzuwarten, ob dies dem schwachen Auftreten des Landesverbandes und seinen inneren Auseinandersetzungen zuzuschreiben ist oder ob mit der Bundestagswahl ein – vorläufiger – Höhepunkt in der rechten Sammlungsbewegung erreicht und deren Dynamik gestoppt wurde. So fällt der politische Rechtsruck in Niedersachsen vergleichsweise moderat aus.

Einen politischen Linksruck wollten die Niedersachsen nicht. **DIE LINKE** scheiterte am Ende doch recht klar erneut an der Sperrklausel und zieht wieder nicht in einen westdeutschen Landtag ein. Angesichts des Bundestagswahlergebnisses mit einem Stimmenanteil von 7% in Niedersachsen ist das enttäuschend, auch wenn sich die Stimmenzahl gegenüber der

vorherigen Landtagswahl deutlich erhöht hat (+65.000). Dort, wo die Partei zuvor bereits »stark« war, ist sie weiter gewachsen, etwa in Oldenburg, Hannover und anderen städtischen Regionen. Zwar steht sie im Land besser da als vor fünf Jahren, ist aber immer noch weit entfernt von den Ergebnissen der Wahlen 2008/2009. Die Partei bleibt auch in Niedersachsen wie in den westdeutschen Flächenländern bis auf weiteres ein vor allem bundespolitisches Phänomen mit starken kommunalpolitischen Einsprengseln.

Die **Wahlbeteiligung** lag mit 63,1% um knapp 4 Prozentpunkte höher als im Januar 2013, aber um 13 Prozentpunkte niedriger als bei der Bundestagswahl am 24.9.2017. Das spricht dafür, dass es so kurz nach der Bundestagswahl kein verbreitetes Bedürfnis gab, ein bundespolitisches Votum oder eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung zu fällen wie etwa bei den Landtagswahlen 2016, also die Wahlbeteiligung nahe an das Niveau der Bundestagswahlen heranreichte.

Das niedersächsische Wahlergebnis verströmt einen Hauch alter Bundesrepublik, wie wir sie so lange kannten. Die beiden großen Parteien streiten Kopf an Kopf um den Wahlsieg, jeweils eine kleine Partei an der ihrer Seite. Dieses Mal gewinnt die SPD, überraschend deutlich, zugleich verliert das politische Lager die Regierungsmehrheit. Allerdings gibt es für das schwarzgelbe, alt-bürgerliche Lager auch keine Mehrheit, weil die nationalistisch-völkische AfD ebenfalls in den Landtag einzieht, allerdings mit einem unerwartet schlechten Ergebnis. Eine vergiftete Botschaft des Wahlabends könnte lauten: Die SPD kann doch noch gewinnen, also müssen die Fragen an die Zukunft sozialer und demokratischer Politik doch nicht so grundsätzlich ausfallen, wie vor wenigen Tagen noch angekündigt. Vielleicht ließe sich ja so weiter machen wie 2005, 2009 und 2013. Eine zweite vergiftete Botschaft des Wahlabends birgt das »schwache« Abschneiden der AfD: Ist die Dynamik der rechten Sammlungsbewegung gebrochen, wird sie an ihren inneren Gegensätzen zusammenbrechen und haben wir es tatsächlich nur mit einem Ost-Problem zu tun?

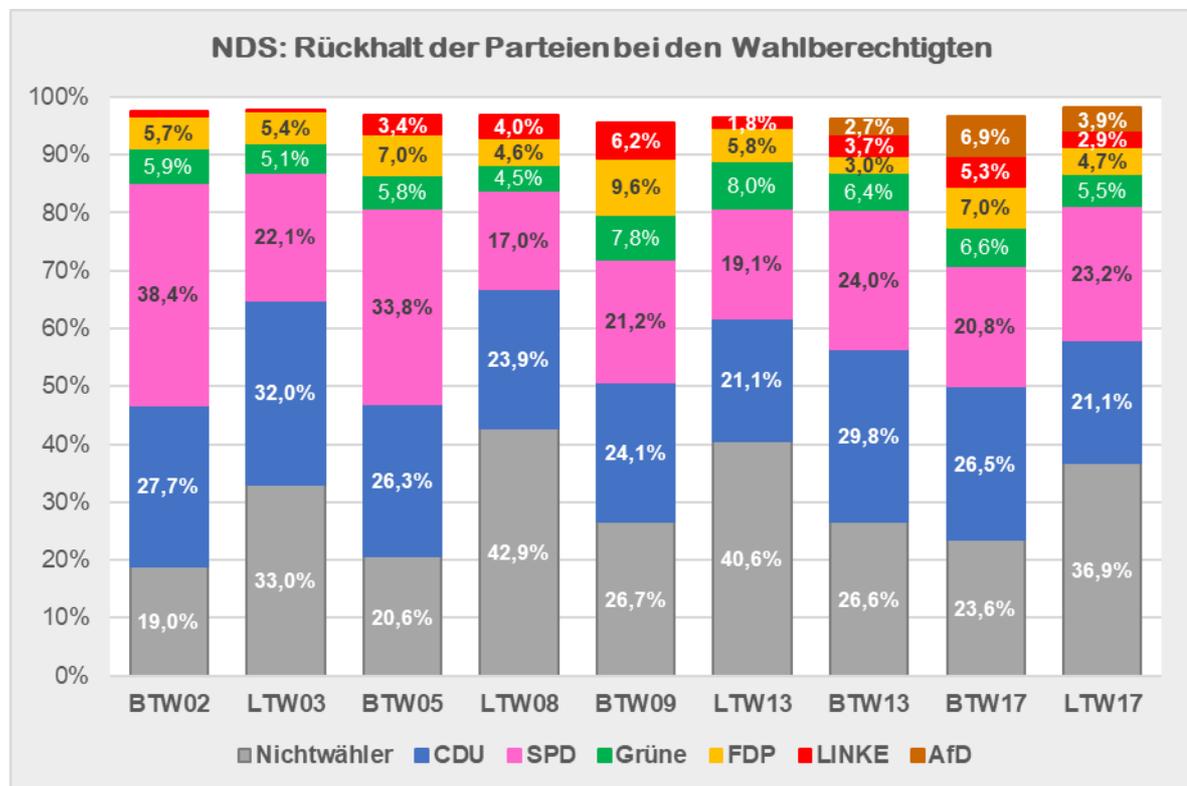
Das Wahlergebnis bringt keinen Rückenwind für die favorisierte Regierungsbildung im Bund. Es stärkt auch nicht die Position von Angela Merkel, die sich stark im niedersächsischen Wahlkampf engagierte. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat werden unübersichtlicher.

Zusammensetzung Bundesrat und Länderparlamente									
Land	Sitze	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	CSU	FDP	AfD	Sonst.
BW	6			MP					
BY	6					MP			
BE	4		MP						
BB	4		MP						
HB	3		MP						
HH	3		MP						
HE	5				MP				
MV	3		MP						
NDS	6								
NRW	6				MP				
RP	4		MP						
SL	3				MP				
SN	4				MP				
ST	4				MP				
SH	4				MP				
TH	4	MP							
Gesamt	69								
Einfluss auf		12	36	37	35	6	14	0	0
		MP		Regierungskoalition					
				Oppositionsfraktionen					

Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien

Anteile an den gültigen Stimmen, Bundestags- und Landtagswahlen									
	BTW02	LTW03	BTW05	LTW08	BTW09	LTW13	BTW13	BTW17	LTW17
CDU	34,5%	48,3%	33,6%	42,5%	33,2%	36,0%	41,1%	34,9%	33,6%
SPD	47,8%	33,4%	43,2%	30,3%	29,3%	32,6%	33,1%	27,4%	36,9%
Grüne	7,3%	7,6%	7,4%	8,0%	10,7%	13,7%	8,8%	8,7%	8,7%
FDP	7,1%	8,1%	8,9%	8,2%	13,3%	9,9%	4,2%	9,3%	7,5%
LINKE	1,0%	0,5%	4,3%	7,1%	8,6%	3,1%	5,0%	7,0%	4,6%
AfD							3,7%	9,1%	6,2%

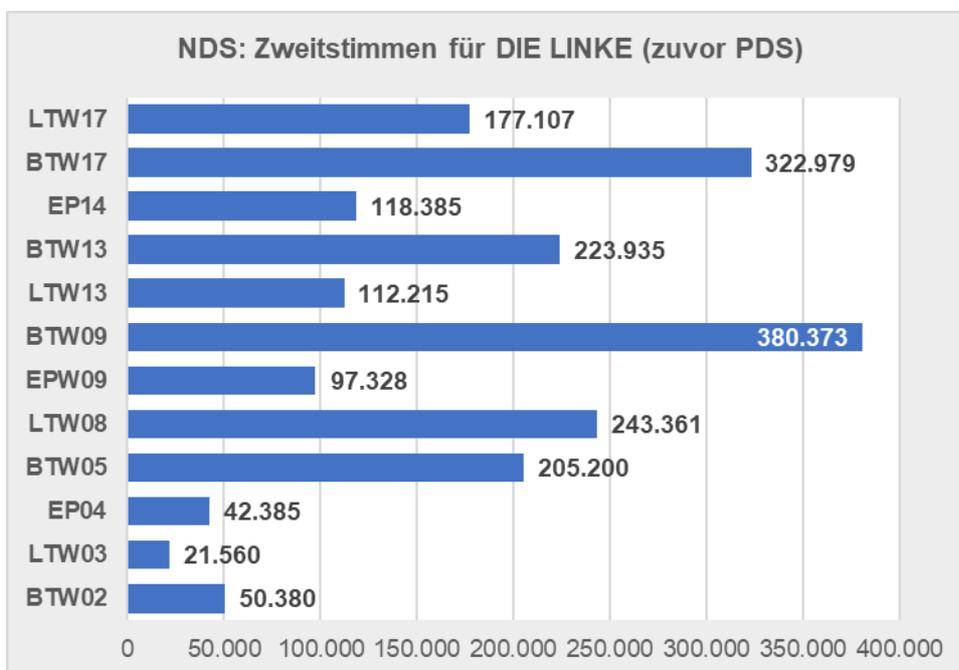
Bereinigt man die Zweitstimmen um die unterschiedliche Wahlbeteiligung, berücksichtigt also auch die Nichtwählerinnen und Nichtwähler, so ergibt sich ein Bild von dem Rückhalt der Parteien in der wahlberechtigten Bevölkerung. Hier zeigt sich dann, dass die SPD sich gegenüber der Bundestagswahl deutlich verbessern konnte, während die Landes-CDU klar hinter ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl zurückblieb.



Vergleicht man das Bundestagswahlergebnis und das Landtagswahlergebnis unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wahlbeteiligung, so ergibt sich ein aufschlussreiches Bild: Die Zahl der gültigen Zweitstimmen bei der Landtagswahl betrug 82,4% der gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl. Bei einer Gleichverteilung der niedrigeren Wahlbeteiligung über alle Parteien müsste ihre Zweitstimmenzahl ebenfalls bei 82,4% der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl liegen. Tatsächlich ist das nur bei den Grünen der Fall: Sie erreichten 82,5% ihrer Zweitstimmen bei der Bundestagswahl, die CDU unterdurchschnittliche 79,3%, die SPD aber fast 111% ihrer Zweitstimmen bei der Bundestagswahl. Trotz niedriger Wahlbeteiligung erhöhte sie ihre Zweitstimmenzahl, was den landespolitischen Charakter der Wahlentscheidung unterstreicht. Die anderen Parteien konnten nur deutlich unterdurch-

schnittlich ihre Wähler mobilisieren, am schwächsten DIE LINKE, was die geringere landespolitische Prägung dieser Parteien unterstreicht.

NDS: Mobilisierung LTW gegenüber BTW (Zweitstimmen)			
	BTW17	LTW17	LTW/BTW
Wahlberechtigte	6.124.582	6.097.564	99,6%
Wähler	4.681.871	3.849.002	82,2%
Gültige Stimmen	4.646.976	3.827.755	82,4%
CDU	1.623.481	1.287.430	79,3%
SPD	1.275.172	1.413.630	110,9%
Grüne	404.825	334.119	82,5%
FDP	431.405	287.923	66,7%
LINKE	322.979	177.107	54,8%
AfD	422.362	235.840	55,8%
Sonstige	166.752	91.706	55,0%



Zur politischen Stimmungslage (Vorwahlbefragungen)

Die Landtagswahl in Niedersachsen fand drei Wochen nach der Bundestagswahl statt. Hier hatte die CDU deutlich vor der SPD gewonnen, wobei die Union über 6% und die SPD fast 6% gegenüber der Wahl 2013 verloren hatten.

Ergebnis der Bundestagswahl vom 24.09.2017 in Niedersachsen							
Wahlbeteiligung	Anteil an den gültigen Zweitstimmen						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
76,4%	34,9%	27,4%	8,7%	9,3%	7,0%	9,1%	3,6%

Der Landtagswahltermin war um drei Monate vorgezogen worden, da die rotgrüne Landesregierung ihre Einstimmen-Mehrheit im Landtag verloren hatte. Die grüne Abgeordnete Elke Twesten war zur CDU-Fraktion übergetreten, nachdem sie von ihrem Kreisverband nicht wieder für die Landtagswahl nominiert worden war. Der Übertritt selbst war von Gerüchten umweht, wonach die CDU Frau Twesten ein Angebot gemacht, sie »gekauft« habe. Knappe Lager-Mehrheiten und Parteiübertritte dieser Art haben in Niedersachsen eine gewisse Tradition und führen bei den Wählerinnen und Wählern nicht zu positiver Resonanz.

Ein weiteres bewegendes Thema der Landespolitik waren die Betrügereien des VW-Konzerns und die Haltung der Landesregierung dazu, die einen 20%-Anteil am Konzern hält. Ministerpräsident Weil sprach – in seiner Rolle als Aufsichtsratsmitglied des Konzerns durchaus nachvollziehbar – seine Äußerungen zum VW-Skandal in einer Regierungserklärung mit dem Konzern ab, woraus die Opposition vergeblich versuchte, einen politischen Skandal zu machen. Jedenfalls traf Weil in den Regionen mit VW-Produktionsstätten dafür auf größere Zustimmung [vgl. Infratest dimap in der Vorwahlberichterstattung am 15.10.2017 in der ARD]. Verantwortlich für die miserable Situation an den Schulen wurden CDU und SPD gleichermaßen gemacht. Bei den Themen Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung lag die CDU deutlich vor der SPD, aber diese Themen scheinen nicht wahlentscheidend gewesen zu sein.

Knapp zwei Wochen vor dem Wahltermin und eine gute Woche nach der Bundestagswahl äußerten gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen 61% der Befragten: »Wichtiger für meine Wahlentscheidung ist die Politik in Niedersachsen.«, für 32% war es die Politik im Bund. Als wichtigste Probleme in Niedersachsen wurden genannt »Schule/Bildung« (37%), »Flüchtlinge/Asyl« (22%), »Familie« (9%) sowie »Verkehr« und »Infrastruktur« mit jeweils 8%. [Politbarometer extra Niedersachsen, 6.10.2017] In der Vorwahlberichterstattung am Wahltag veröffentlichte die Forschungsgruppe Wahlen leicht veränderte Zahlen: »Schule/Bildung« 44%, »Flüchtlinge/Asyl« 23%, »Familie« 9%, »Verkehr« 8% und »Infrastruktur« 6%.

In den Umfragen zur politischen Stimmung (»Sonntagsfrage«) lag die CDU lange Zeit bei allen Instituten (Ausnahme: Forsa) deutlich vor der Partei des Ministerpräsidenten. Der Abstand zur SPD betrug teilweise über 10 Prozentpunkte, die vorgezogenen Neuwahlen konnten danach nur die CDU als eindeutige Siegerin hervorbringen. Doch die Umfragen nach der Bundestagswahl zeigten einen bereits mit Ende der Sommerferien einsetzenden stetigen Aufwärtstrend der SPD, in den letzten Umfragen lagen beide Parteien etwa gleichauf.

Ergebnisse der »Sonntagsfrage« für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag 2014-2017								
Institut	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
FGW	12.10.2017	33%	34,5%	9%	9%	5%	7%	2,5%
INSA	09.10.2017	32%	33%	10%	10%	5%	7%	3%
FGW	05.10.2017	33%	33%	9%	10%	5%	7%	3%
Infratest	05.10.2017	34%	34%	8,5%	8%	4,5%	8%	3%
Infratest	28.09.2017	35%	34%	9%	8%	5%	6%	3%
Infratest	07.09.2017	37%	32%	10%	6%	5%	7%	3%
Infratest	30.08.2017	39%	31%	8%	8%	4%	8%	2%
Infratest	10.08.2017	40%	32%	9%	7%	3%	6%	3%
INSA	09.08.2017	40%	28%	9%	9%	5%	7%	2%
INSA	27.05.2017	41%	27%	8%	9%	5%	6%	4%
Forsa	06.05.2017	35%	36%	8%	6%	4%	6%	5%
Infratest	20.01.2017	35%	31%	14%	6%	4%	8%	2%
Forsa	11.01.2017	34%	32%	12%	6%	4%	7%	5%
INSA	19.10.2016	33%	31%	12%	8%	5%	7%	4%
Forsa	28.11.2015	35%	33%	14%	6%	4%	4%	4%
INSA	07.09.2015	37%	29%	14%	6%	6%	3%	5%
Infratest	03.07.2015	40%	31%	14%	5%	5%	2%	3%
GMS	24.01.2015	41%	30%	14%	3%	4%	4%	4%
Infratest	20.01.2014	40%	32%	13%	4%	5%	3%	3%
LTW	20.01.2013	36,0%	32,6%	13,7%	9,9%	3,1%		

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/niedersachsen.htm>

Nach den letzten Vorwahlumfragen hätte die CDU mit leichten Verlusten gegenüber dem Landtagswahlergebnis von 2013 zu rechnen, die SPD und die FDP blieben in etwa gleich stark, die Grünen verlören etwa 4 Prozentpunkte, die AfD würde mit 7% in den Landtag einziehen, die Linke stand mit 5% auf der Kippe. Bei diesem Ergebnis hätte eine klassische Zweierkoalition aus SPD und Grünen oder CDU und FDP keine Mehrheit, sondern allein eine große Zweierkoalition aus CDU und SPD, die für niedersächsische Verhältnisse nicht sehr naheläge. Mit anderen Worten, auch in Niedersachsen deutete vieles auf eine Dreierkoalition hin, wobei die FDP eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen ausgeschlossen hatte und die Gräben zwischen Grünen und CDU im Vergleich zu anderen Ländern und dem Bund tief sind. Generell sind die klassischen politischen Lager SPD/Grüne und CDU/FDP in Niedersachsen noch stark ausgeprägt. Nicht ausgeschlossen hatte Ministerpräsident Weil eine rot-rot-grüne Koalition, allerdings nicht ohne hinzuzufügen, zunächst sei sein Ziel, DIE LINKE aus dem Landtag herauszuhalten (wodurch die Aussichten auf eine Erneuerung der rot-grünen Mehrheit allerdings nicht besser werden würden). Für taktische Wähler, die sich an voraussichtlichen Koalitions-Konstellationen orientieren, war die Gemengelage somit höchst unübersichtlich, so dass weniger eine Koalitionspräferenz als vielmehr die Parteipräferenz entscheidend wurde.

Bei der Bewertung von Koalitionsmodellen gab es zwei Wochen vor der Wahl lediglich für Rotgrün und Schwarzgelb eine deutlich bzw. knappe Mehrheit unter den Befragten, die dieses Modell »gut« fanden, alle anderen Modelle wurden zum deutlich mehrheitlich als »schlecht« bewertet.

Bewertung Koalitionsmodelle		
	gut	schlecht
SPD/Grüne	46%	35%
CDU/FDP	42%	41%
SPD/CDU	35%	45%
CDU/Grüne/FDP	33%	46%
CDU/SPD	32%	48%
CDU/Grüne	24%	54%
SPD/Grüne/LINKE	23%	61%
SPD/Grüne/FDP	21%	51%

Politbarometer extra Niedersachsen, 6.10.2017

Als Bild für die Kompetenzzuschreibungen an die Parteien ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen ebenfalls ein Kopf-an-Kopf zwischen Union und SPD. Lediglich auf dem Feld »Soziale Gerechtigkeit« schnitt die SPD deutlich besser als die Union ab. »Soziale Gerechtigkeit« ist auch das einzige Themen- bzw. Politikfeld, auf dem es in Niedersachsen eine deutliche Mehrheit für die Parteien im linken Spektrum gibt.

Kompetenzzuschreibung an Parteien						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD
Arbeitsplätze	36%	31%	2%	7%	3%	0%
Wirtschaft	33%	30%	2%	6%	2%	0%
Schule/Bildung	28%	29%	6%	10%	6%	0%
Soziale Gerechtigkeit	18%	45%	4%	4%	12%	1%
Flüchtlinge/Asyl	27%	23%	10%	7%	6%	7%

Quelle: Politbarometer extra Niedersachsen, 6.10.2017

DIE LINKE erhielt überdurchschnittliche Kompetenzzuschreibungen auf dem Politikfeld »Soziale Gerechtigkeit« (von 12% der Befragten), aber auch auf den Feldern »Schule/Bildung« und »Flüchtlinge/Asyl«. Letzteres ist angesichts der unmittelbar nach der Bundestagswahl wieder angezettelten innerparteilichen Debatte um den Kurs in der Flüchtlingspolitik durchaus bemerkenswert.

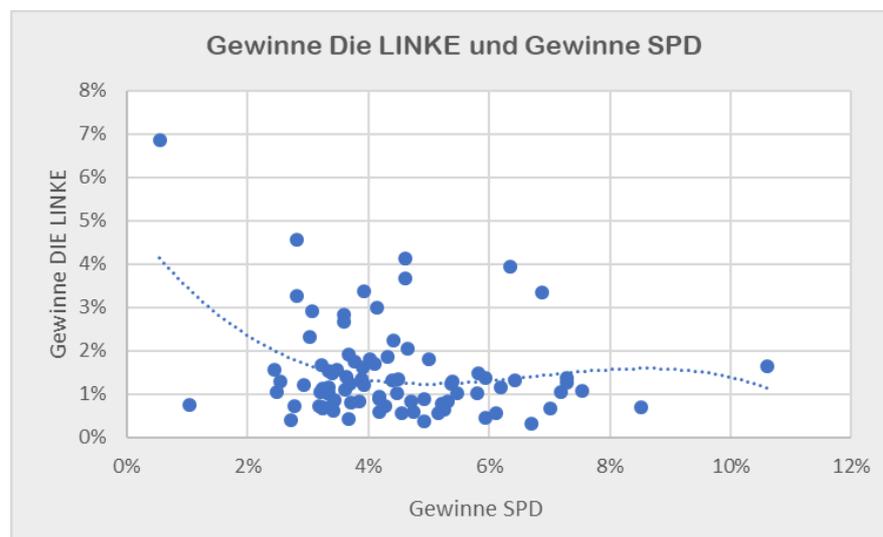
Wenige Tage vor der Wahl waren rund drei von zehn Wahlberechtigten unsicher, ob und wen sie wählen, für rund 70% war die Wahlentscheidung »sicher«. Bei der virtuellen Direktwahl des Ministerpräsidenten lag Amtsinhaber Weil mit 49% Zustimmung deutlich vor dem CDU-Kandidaten Althusmann (31%). Weil wurde mehrheitlich gewünscht von Anhängern der SPD (87%), der Grünen (73%) und der Linken (61%). [Politbarometer extra Niedersachsen, 12.10.2017].

Aspekte des Wahlergebnisses für DIE LINKE

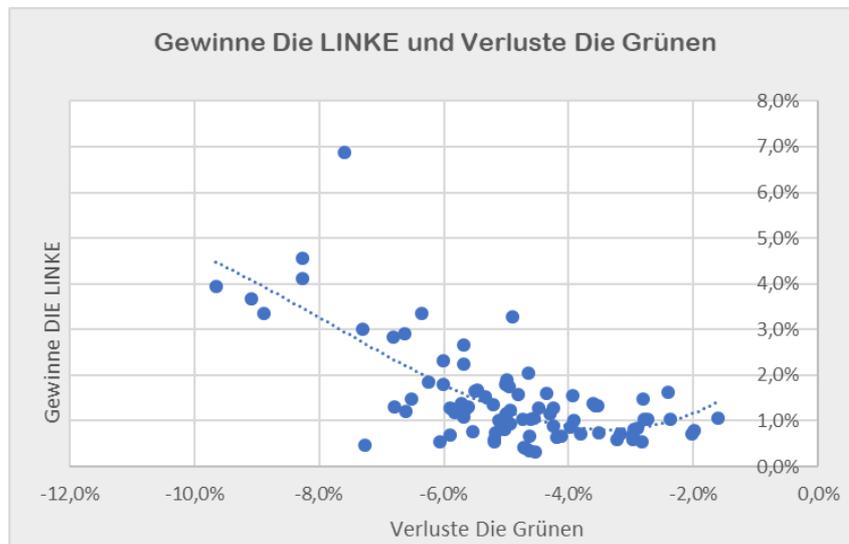
DIE LINKE erreicht in 21 von 87 Wahlkreisen 5% und mehr der gültigen Zweitstimmen, in 22 Wahlkreisen erzielte sie überdurchschnittliche Gewinne.

Zweitstimmen-Ergebnis		Überdurchschnittliche Gewinne	
Wahlkreis	DIE LINKE	Wahlkreis	DIE LINKE
26 Hannover-Linden	13,7%	26 Hannover-Linden	6,9%
62 Oldenburg-Mitte/Süd	10,5%	28 Hannover-Mitte	4,5%
17 Göttingen-Stadt	9,9%	17 Göttingen-Stadt	4,1%
28 Hannover-Mitte	9,3%	62 Oldenburg-Mitte/Süde	3,9%
63 Oldenburg-Nord/West	8,5%	49 Lüneburg	3,7%
3 Braunschweig-West	7,7%	78 Osnabrück-West	3,4%
49 Lüneburg	7,5%	63 Oldenburg-Nord/West	3,3%
77 Osnabrück-Ost	7,2%	77 Osnabrück-Ost	3,3%
78 Osnabrück-West	7,1%	1 Braunschweig-Nord	3,0%
1 Braunschweig-Nord	7,0%	27 Hannover-Ricklingen	2,9%
27 Hannover-Ricklingen	6,7%	3 Braunschweig-West	2,8%
60 Osterholz	6,6%	21 Hildesheim	2,7%
48 Elbe	6,4%	60 Osterholz	2,3%
21 Hildesheim	6,2%	24 Hannover-Döhren	2,2%
65 Delmenhorst	5,8%	59 Unterweser	2,1%
69 Wilhelmshaven	5,4%	55 Buxtehude	1,9%
85 Emden/Norden	5,3%	65 Delmenhorst	1,9%
24 Hannover-Döhren	5,2%	25 Hannover-Buchholz	1,8%
25 Hannover-Buchholz	5,2%	75 Bramsche	1,8%
59 Unterweser	5,0%	52 Buchholz	1,7%
16 Göttingen-Münden	5,0%	35 Springe	1,7%
		50 Winsen	1,7%

Zwischen den Gewinnen für die SPD und für die DIE LINKE besteht kein starker Zusammenhang. Man kann nicht sagen, dass dort, wo die SPD stark gewinnt, DIE LINKE nur unterdurchschnittlich zulegt.



Zwischen den Verlusten für die Grünen, insbesondere in ihren früheren Hochburgen und den Gewinnen für DIE LINKE besteht hingegen ein Zusammenhang: Je höher die Grünen-Verluste, desto höher die Gewinne für DIE LINKE



Ausgewählte Wahltagsbefragungen

Zur Lage im Land

Eine deutliche Mehrheit der Befragten (80%) beurteilte die wirtschaftliche Lage im Land als »gut«, nur 17% als »schlecht«. Knapp zwanzig Jahre zuvor fiel das Urteil genau gegenteilig aus.

Wirtschaftliche Lage ist ...		
LTW	gut	schlecht
2017	80%	17%
2013	65%	34%
2008	54%	45%
2013	12%	86%
1998	17%	83%

Infratest dimap/www.tagesschau.de, 19:45

Die persönliche wirtschaftliche Situation wird von den Wählern und Wählerinnen aller Parteien überwiegend als »gut« bewertet, die Spannweite reicht von 92% der FDP-Wähler bis zu 63% der AfD-Wähler. AfD-Wähler bewerten zu einem guten Drittel ihre wirtschaftliche Situation als »schlecht«, bei LINKE-Wählern sind es ein gutes Viertel.

Persönliche wirtschaftliche Situation		
	gut	schlecht
FDP-Wähler	92%	6%
CDU-Wähler	88%	10%
Grünen-Wähler	87%	12%
SPD-Wähler	86%	13%
LINKE-Wähler	71%	27%
AfD-Wähler	63%	35%

Infratest dimap/www.tagesschau.de, 19:45

Betrachtet man das Stimmverhalten derjenigen, die ihre wirtschaftliche Situation negativ bewerten, so schneiden FDP und CDU bei ihnen unterdurchschnittlich ab und LINKE und AfD überdurchschnittlich.

Stimmanteile bei Wählern mit schlechter wirtschaftlicher Situation					
CDU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD
25%	35%	9%	8%	3%	16%

Infratest dimap/www.tagesschau.de, 20:45

Die positive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation erfolgt durchaus mit Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt. Wer die eigene Situation als gut bewertet, urteilt nicht notwendig gleichzeitig, dass es in Deutschland »eher gerecht« zugeht. So beurteilen etwa 71% der LINKE-Wähler ihre Situation als gut, aber nur 31% finden, dass es im Land gerecht zugeht.

»In Deutschland geht es eher ...«		
	gerecht zu	ungerecht zu
CDU-Wähler	76%	21%
FDP-Wähler	69%	21%
Grünen-Wähler	63%	34%
SPD-Wähler	61%	36%
Alle	60%	35%
AfD-Wähler	32%	63%
LINKE-Wähler	31%	65%

Infratest dimap/www.tagesschau.de, 19:45

Diese Diskrepanz deutet auf ein diffuses Unbehagen über die Entwicklung im Land, welches sich (noch) nicht politisch formiert, sondern über alle Anhängerschaften wenn auch ungleichmäßig verteilt. Das Gefühl, dass etwas schief läuft ist verbreitet. Dass »unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet« war die mit Abstand größte abgefragte Sorge. Drei Viertel der Befragten teilen diese Sorge, »nur ein Viertel sorgt sich, in Zukunft seinen Lebensstandard nicht halten zu können.

»Ich mache mir Sorgen, dass ...«	
»unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet«	73%
»die Kriminalität künftig massiv zunimmt.«	50%
»der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.«	43%
»zu viele Fremde nach Deutschland kommen.«	34%
»ich meinen Lebensstandard nicht halten kann.«	24%

Infratest dimap/www.tagesschau.de, 20:45

Wie die Ungerechtigkeit vermindert wird, war daher ein wichtiger wahlentscheidender Grund, der je nach Parteipräferenz unterschiedlich ausgelegt wurde. Die hohe Bedeutung sowohl der Bildungspolitik (mit Blick auf die Zukunftsaussichten der Kinder) als auch der Kriminalitätsbekämpfung können vor diesem Hintergrund einer wachsenden Wahrnehmung gesellschaftlicher Polarisierungen verstanden werden.

Sehr wichtig für meine Wahlentscheidung	
Wie Bildungspolitik gestaltet wird	56%
Wie Ungerechtigkeit verringert wird	43%
Wie die Polizei für unsere Sicherheit sorgt	42%
Aufklärung des Diesel-Skandals	20%

Infratest dimap/www.tagesschau.de, 20:45

»Mache mir Sorgen, dass Kriminalität zunimmt.«	
AfD-Wähler	95%
CDU-Wähler	50%
alle	50%
SPD-Wähler	46%
LINKE-Wähler	45%
FDP-Wähler	39%
Grünen-Wähler	23%

Infratest dimap/www.tagesschau.de, 20:45

Ansichten zu und über Parteien

Alle nachfolgenden Zahlen wurden von Infratest dimap erhoben und am Wahlabend veröffentlicht.

Die über die AfD geäußerten Ansichten zeigen auch für Niedersachsen ein hohes Maß an Übereinstimmung bezüglich der Fremdenabwehr und Islamfeindschaft. Bemerkenswert ist ebenso, dass immer noch die Hälfte der Wähler der AfD urteilt, dass sich die Partei nicht genug von rechtsextremen Positionen distanziert, gleichwohl aber nichts dabei findet, sie gleichzeitig als die einzige Partei betrachtet, durch deren Wahl sie ihren Protest »gegen die Politik« ausdrücken kann. Hierin mag sich über die reine Protestwahl eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung ausdrücken, die sich gegen grundlegende Übereinkünfte im politischen System der repräsentativen Demokratie und des Parteienwettbewerbs richtet.

Ansichten über die AfD	alle	AfD-Wähler
»Distanziert sich nicht genug von rechts extremen Positionen.«	89%	53%
»Ist zu zerstritten, um ernsthaft Politik mitgestalten zu können.«	89%	
»Hat besser als andere Parteien verstanden, dass sich viele nicht mehr sicher fühlen.«	47%	100%
»Finde es gut, dass sie den Einfluss des Islam verringern will.«	33%	97%
»Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen begrenzen will.«		100%
»Ist die einzige Partei, mit der ich Protest gegenüber der Politik ausdrücken kann.«		97%
Kompetenz »Kriminalitätsbekämpfung«		63%
Kompetenz »Terrorbekämpfung«		58%
Kompetenz »Soziale Gerechtigkeit«		33%

Bei den Ansichten über die CDU fällt auf, dass gut die Hälfte aller Befragten wie auch der CDU-Wähler die Auffassung teilt, die Partei brauche eine konservative Erneuerung. Auch wird ihr die Vernachlässigung von Arbeitnehmerinteressen attestiert. Nur die Hälfte der CDU-Wähler findet, dass die Kanzlerin der wichtigste Grund für die CDU-Wahl sei, 40% sehen die Flüchtlingspolitik kritisch.

Ansichten über die CDU	alle	CDU-Wähler
»Angela Merkel sorgt dafür, dass es Deutschland in schwierigen Zeiten gut geht.«	65%	93%
»Die CDU vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer.«	59%	
»Die CDU braucht eine konservative Erneuerung.«	55%	53%
»Zwölf Jahre Kanzlerin Merkel sind genug.«	53%	
»Mit Althusmann würde sich die Situation an den Schulen verbessern.«		67%
»Angela Merkel ist der wichtigste Grund, CDU zu wählen.«		51%
»CDU unter Merkel vernachlässigt in der Flüchtlingspolitik die Sorgen der Menschen.«		42%
Kompetenz »Kriminalitätsbekämpfung«	44%	
Kompetenz »Wirtschaft«	41%	
Kompetenz »Arbeitsplätze«	39%	
Kompetenz »Terrorvorbeugung und -bekämpfung«	39%	
Kompetenz »Bildungspolitik«	32%	
Kompetenz »Landwirtschaftspolitik«	31%	

Die erfragten Ansichten zur SPD ergeben ein eher desaströses Bild für die Bundes-SPD unter Martin Schulz. Die Ziele der niedersächsischen SPD seien klarer erkennbar gewesen als diejenigen der Bundes-SPD, Stephan Weil zudem deutlich glaubwürdiger als Martin Schulz – sagen die SPD-Wähler.

Ansichten über die SPD	alle	SPD-Wähler
»Sagt nicht genau, was sie für Soziale Gerechtigkeit tun will.«	77%	
»Altkanzler Schröder hat der SPD in letzter Zeit sehr geschadet.«	59%	59%
»Stephan Weil hat Niedersachsen in den letzten Jahren vorgebracht.«	57%	84%
»Stephan Weil ist glaubwürdiger als Martin Schulz bei der Bundestagswahl.«		69%
»Sagt in Niedersachsen klarer, was sie will, als bei der Bundestagswahl.«	54%	78%
»Ist keine Partei für die kleinen Leute mehr.«	54%	
»Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich.«		78%
Kompetenz »Soziale Gerechtigkeit«	44%	
Kompetenz »Familienpolitik«	40%	
Kompetenz »Arbeitsplätze«	38%	
Kompetenz »Wirtschaft«	36%	
Kompetenz »Bildungspolitik«	34%	

Die Aussage über die Linkspartei sind bekannt: Sie setzt sich am stärksten für sozial schwache ein, nennt die Dinge beim Namen und löst keine Probleme. Fast alle Wähler der Partei und ein Drittel aller Befragten sehen die niedersächsische Landespartei als Teil der sozialdemokratischen Parteifamilie, nämlich als gute Alternative für alle, deren Vorstellungen von sozialdemokratischer Politik von der SPD enttäuscht wurden.

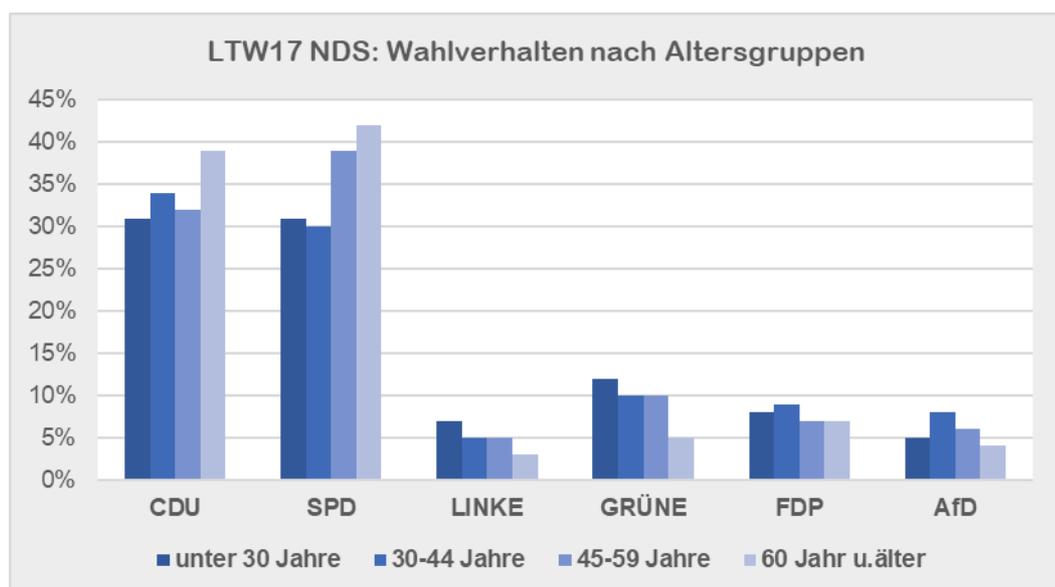
Ansichten über DIE LINKE	alle	LINKE-Wähler
»Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen.«	76%	67%
»Ihre Vorstellungen sind unrealistisch und nicht finanzierbar.«	67%	
»Setzt sich am stärksten für sozial Schwache ein.«	53%	93%
»Ich fände es gut, wenn sie im Landtag vertreten wäre.«	39%	
»Ist gute Alternative für alle, die sich bei der SPD nicht mehr aufgehoben fühlen.«	35%	94%
Kompetenz »Soziale Gerechtigkeit«	13%	
Kompetenz »Familienpolitik«	8%	
Kompetenz »Integration voranbringen«	7%	
Kompetenz »Bildungspolitik«	5%	

Wer wählte was? Auskünfte der Nachwahlbefragungen

Geschlecht und Alter

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht LTW17							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonst.
Männer	34%	37%	5%	6%	9%	7%	2%
Frauen	36%	37%	4%	10%	7%	4%	2%
Differenz F-M	2%	0%	-1%	4%	-2%	-3%	0%
unter 30 Jahre	31%	31%	7%	12%	8%	5%	6%
30-44 Jahre	34%	30%	5%	10%	9%	8%	4%
45-59 Jahre	32%	39%	5%	10%	7%	6%	1%
60 Jahr u. älter	39%	42%	3%	5%	7%	4%	0%
Diff. Jung-alt	-8%	-11%	4%	7%	1%	1%	6%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, www.heute.de, 21:30



CDU und SPD werden weit überdurchschnittlich von Wählerinnen und Wählern im Alter von 60 Jahren und mehr gewählt, der Altersgruppe, die zugleich die größte der vier Altersgruppen stellt. Auffällig im Vergleich zu anderen Landtagswahlen ist auch der überdurchschnittli-

che SPD-Wert in der Altersgruppe der 45-59jährigen. Entsprechend erzielen die kleineren Parteien überdurchschnittliche Anteile in den jüngeren Altersgruppen. Das Bild für die AfD gleicht dem Bild anderer Landtagswahlen auf dem entsprechend niedrigeren Niveau: überdurchschnittliche Anteile bei den 30-59jährigen.

Im Rückblick auf vorhergehende Landtagswahlen in Niedersachsen zeigt sich, dass die SPD insbesondere bei Männern hinzugewinnen konnte, vermutlich stark auf Kosten männlicher Grünen-Wähler. Auffallend ist ebenfalls, dass die CDU seit 2013 stärker von Frauen als wie zuvor von Männern gewählt wird.

Wahlverhalten Männer und Frauen							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonst.
Männer							
2003	49	32		7	9		3
2008	43	28	9	7	9		5
2013	35	32	4	12	11		6
2017	34	37	5	6	9	7	2
Frauen							
2003	48	35		8	7	0	3
2008	42	33	6	10	7	0	4
2013	37	33	3	16	9	0	4
2017	36	37	4	10	7	4	2
Differenz Frauen-Männer							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
2003	-1	3		1	-2		0
2008	-1	5	-3	3	-2		-1
2013	1	2	-1	3	-2		-3
2017	2	0	-1	4	-2	-3	0

Forschungsgruppe Wahlen

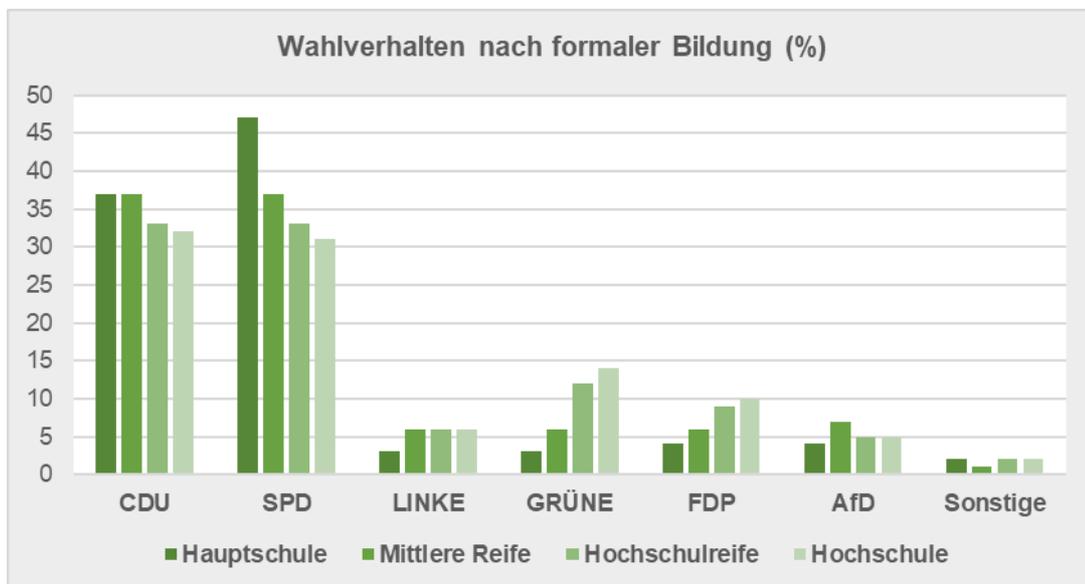
Wahlverhalten Alter							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonst.
18 - 29 Jahre							
2003	49	29		9	8		6
2008	38	29	5	13	8		7
2013	29	31	4	18	6		12
2017	31	31	7	12	8	5	6
30 - 44 Jahre							
2003	47	34		10	6		3
2008	41	28	7	10	8		7
2013	36	28	3	17	8		8
2017	34	30	5	10	9	8	4
45 - 59 Jahre							
2003	47	34		9	9		2
2008	38	33	10	9	7		2
2013	32	35	4	18	7		4
2017	32	39	5	10	7	6	1
60 Jahre und älter							
2003	50	34		4	9		2
2008	50	30	5	3	10		2
2013	40	34	2	8	14		2
2017	39	42	3	5	7	4	0

Datenquelle: Forschungsgruppe Wahlen; Hochrechnung 20:40

Differenz Altersgruppe 18-29 Jahre zu Altersgruppe 60 Jahre und älter							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonst.
2003	-2	-5		5	-2		4
2008	-12	-1	0	10	-2		5
2013	-11	-3	1	10	-8		11
2017	-8	-11	4	7	1	1	6

Bildung

Die niedersächsische SPD bleibt eine Partei, die überdurchschnittliche Zustimmung unter den »einfachen Leuten« erhält. Unter Wählenden mit höchstem formalen Bildungsabschluss, Hauptschule erhält sie 47%, bei mittlerer Reife 37% (wie auch die CDU). Bei höheren Abschlüssen erzielt sie nur unterdurchschnittliche Ergebnisse, hier sind die etablierten kleineren Parteien, insbesondere die Grünen, stärker vertreten. Die AfD ist auch in Niedersachsen von den Wählern mit Abschluss mittlere Reife überdurchschnittlich gewählt worden.



Im Rückblick zeigt sich indes, dass die SPD unter Hauptschülern und Hochschulabsolventen gleichermaßen überdurchschnittlich hinzugewonnen hat.

Wahlverhalten nach Bildungsabschluss							
Daten der Forschungsgruppe Wahlen							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonst.
Wahlergebnis							
2003	48,3	33,4	0,5	7,6	8,1		2,1
2008	42,5	30,3	7,1	8,0	8,1		4,0
2013	36,0	32,6	3,1	13,7	9,9		4,7
2017	33,6	37,0	4,6	8,9	7,5	6,1	2,3
Hauptschule							
2003	48	40		3	7		2
2008	44	37	6	3	6		3
2013	41	40	2	7	7		3
2017	37	47	3	3	4	4	2
Mittlere Reife							
2003	52	32		6	7		3
2008	45	29	7	6	8		5
2013	36	34	3	12	9		6
2017	37	37	6	6	6	7	1
Hochschulreife							
2003	45	29		15	9		3
2008	39	28	7	13	8		4
2013	33	29	3	20	10		6
2017	33	33	6	12	9	5	2
Hochschule, Uni							
2005	42	23		19	14		2
2008	37	23	8	17	13		3
2013	33	22	3	24	14		5
2017	32	31	6	14	10	5	2

Forschungsgruppe Wahlen; Hochrechnung 21:45

Berufsgruppe / Tätigkeit

Anmerkung: Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet bei den Berufsgruppen nicht nach dem Erwerbsstatus, in der Berufsgruppe „Arbeiter“ sind auch die verrenteten und arbeitslosen Arbeiter enthalten. Infratest dimap wiederum unterscheidet die „Tätigkeit“ als Arbeiter von der des Angestellten usw. und weist Rentner und Arbeitslose gesondert aus.

Wahlverhalten nach Berufsgruppen und Berufsstatus							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonst.
Wahlergebnis							
2003	48,3	33,4	0,5	7,6	8,1		2,1
2008	42,5	30,3	7,1	8,0	8,1		4,0
2013	36,0	32,6	3,1	13,7	9,9		4,7
2017	33,6	37,0	4,6	8,9	7,5	6,1	2,3
Berufsgruppe Arbeiter							
2003	43	44		3	6		3
2008	36	37	10	4	6		7
2013	33	40	4	10	7		6
2017	31	42	5	5	6	9	2
Berufsgruppe Angestellte							
2003	48	32		9	8		2
2008	41	31	7	9	7		4
2013	35	33	3	15	9		5
2017	34	39	4	9	8	4	2

Forschungsgruppe Wahlen; Stand Hochrechnung 21:45

Differenz Berufsgruppe Arbeiter - Wahlergebnis							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonst.
2003	-5	10	-1	-4	-2		1
2009	-6	6	3	-4	-2		3
2013	-3	7	1	-4	-3	0	1
2017	-3	5	0	-4	-2	3	0

Wählerwanderungen

Die Berechnungen zu den Wählerwanderungen beruhen auf Selbstauskünften der Befragten und unterstellen neben wahrheitsgemäßen Angaben auch ein entsprechendes Erinnerungsvermögen. Eine im August 2017 veröffentlichte Wiederholungsbefragung von YouGov des Befragungspanels von 2013 ergab, dass fast 40% 2017 ihr Wahlverhalten von 2013 nicht mehr richtig erinnerten oder wiedergaben. Die im folgenden wiedergegebenen Zahlen unterstellen also neben der wahrheitsgemäßen Angabe auch eine Gleichverteilung der Erinnerungslücken über alle Parteien ...

Aussagekräftig sind weniger die Netto-Ergebnisse, also die Salden der Verluste und Gewinne im Austausch mit einer anderen Partei als vielmehr die Abwanderung und die Zuwanderung jeweils für sich.

Die Bedeutung dieser Sichtweise soll am Beispiel des von Infratest errechneten Wählerstromkontos für die Linkspartei veranschaulicht werden:

	Verbleib Stimmen 2013	Herkunft Stimmen 2017	Verbleib Stimmen 2013	Herkunft Stimmen 2017
LINKE	1.980.000	1.980.000	53%	47%
SPD	270.000	700.000	7%	17%
GRÜNE	160.000	330.000	4%	8%
CDU	110.000	200.000	3%	5%
FDP	90.000	30.000	2%	1%
AfD	420.000	20.000	11%	0,5%
Andere	220.000	170.000	6%	4%
Nichtwähler	290.000	560.000	8%	13%
Verstorben	220.000		6%	
Erstwähler		220.000		5%
	3.760.000	4.220.000	100%	100%

Quelle: Infratest dimap

Die Wählerschaft 2017 setzte sich also nicht einmal zur Hälfte aus Wählern des Jahres 2013 zusammen. Erstmals seit 2005 konnten auch wieder erhebliche Gewinne unter Nichtwählern erzielt werden (8% aller vormaligen Nichtwähler).

Unter diesen Vorbehalten zeigt der Blick auf die Wanderungssalden bei der Landtagswahl in Niedersachsen: Die SPD erzielte erhebliche Gewinne beim Austausch mit den Nichtwählern, den Grünen und der CDU. Beides kann man ohne weiteres auf die Zustimmung zur Person des Ministerpräsidenten zurückführen. Die CDU gewinnt ebenfalls bei Nichtwählern, dann auch bei FDP und Grünen-Wählern. Die Grünen verlieren netto 91.000 Stimmen an die SPD, 32.000 an die LINKE und die 23.000 an die Union. Diese Verluste gehen vermutlich auf die angekündigten »Jamaika«-Sondierungen im Bund zurück. Die AfD-Stimmen setzen sich überwiegend aus den Wählern und Wählerinnen sonstiger Parteien und Nichtwählern zusammen, gefolgt von ehemaligen CDU-Stimmen.

Wanderung zur AfD		
von	abs.	%
CDU	44.000	20%
SPD	15.000	7%
LINKE	10.000	5%
GRÜNE	2.000	1%
FDP	7.000	3%
Andere	78.000	36%
Nichtwähler	60.000	28%

Infratest dimap, www.tagesschau.de, 21:45

Die Hälfte der ehemaligen Nichtwähler machte ihr Kreuz bei der SPD, 27% bei der CDU und 18% bei der AfD. LINKE und Grüne konnten nur geringe Stimmenanteile verbuchen, die FDP verlor sogar unterm Strich an die Nichtwahl.

Gewinne bei Nichtwählern		
	abs.	%
CDU	88.000	27%
SPD	167.000	51%
LINKE	7.000	2%
GRÜNE	4.000	1%
FDP	-22.000	
AfD	60.000	18%
Andere	4.000	1%

Infratest dimap, www.tagesschau.de, 21:45

Im Vergleich zu den Landtagswahlen 2014-2016 zeigt sich erneut, dass nicht allein die AfD bei Nichtwählern punkten kann, sondern dass dem Grunde nach alle Parteien Potentiale unter den Nichtwählern haben, die sie in bestimmten Konstellationen mobilisieren können.

»Wahlrechtberichte«

Die »Wahlrechtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die jeweiligen Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder.

Die Analysen entstehen in der jeweiligen Wahlrecht und basieren auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen und vor allem der Wahlrechtberichterstattung von Infratest dimap für die ARD und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF. Das Zustandekommen der Umfrageergebnisse und ihre methodologische Basis ist für die Autoren der »Wahlrechtberichte« nicht überprüfbar, auf die Einhaltung der üblichen wissenschaftlichen Standards wird vertraut. Insofern stehen die Bewertungen in den Wahlrechtberichten unter diesem Vorbehalt.

Ältere Ausgaben der Wahlrechtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier:

<http://www.benjamin-hoff.de>; <http://www.horstkahrs.de>;
<https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html>

Der Autor: *Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Kontakt: Horst.Kahrs@rosalux.org